

Öffentliches Protokoll Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin: Donnerstag, 22.02.2024

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr Sitzungsende: 23:22 Uhr

Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

| ١, | | | : | ١ |
|----|---|----|----|----|
| v | N | rς | 11 | Г7 |

Julian Fresch CDU

Mitglieder

SPD **Gerrit Baars** SPD **Lothar Barop** Alexandra Petersen SPD Norman Rothe SPD CDU Johanna Bergstein Julia Fisauli-Aalto **CDU** Anja Lembach CDU Jan Lüchau **CDU CDU** Jochen Peter Lüchau Christoph Matthiessen CDU Herbert Thomascheski **CDU** CDU Bernhard Weidenbach Torben Wunderlich **CDU** Sabine Zedler **CDU**

Bündnis 90 / Die Grünen Karin Blasius Bündnis 90 / Die Grünen Holger Craemer Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen Bündnis 90 / Die Grünen Verena Kim Heyer Bündnis 90 / Die Grünen Petra Kärgel **Tobias Kiwitt** Bündnis 90 / Die Grünen Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen Bündnis 90 / Die Grünen Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen Thomas Wöstmann

Heidi Keck SPD SPD Laurin Schwarz Peter Ammer WSI WSI **Angela Drewes** Philipp Grüßner WSI Manfred Schlund WSI Dr. Valerie Wilms WSI Antje Hellmann-Kistler **FDP** Jörg Hohner **FDP**

Seite: 2/19

Klaus Koschnitzke FDP
Nina Schilling FDP
Patrick Eichberger DIE LINKE
Dr. Detlef Murphy DIE LINKE

Umweltbeirat

Maximilian vom Bruch Umweltbeirat

<u>Jugendbeirat</u>

Arne Thon Jugendbeirat

<u>Seniorenbeirat</u>

Ralf Waßmann

Helga Nikodem Seniorenbeirat

Verwaltung

Kirsten Gragert Protokollführung
Ann-Kristin Fredeland Protokollführung
Gernot Kaser Bürgermeister
Jörg Amelung Fachbereich
Innerer Service

Fachbereich

Bürgerservice
Angela Gärke Justiziarin
Rolf Jagemann Prüfdienste

Volkmar Scholz Fachdienst Finanzen

David Karohl Fachdienst

Interner Dienstbetrieb

Personalrat Dennis Renk

Katrin Matthies Heike Behrmann Sarah Ellermeier

Abwesend

Mitglieder

Jens BergsteinCDUentschuldigtHendrik ThomascheskiCDUentschuldigtWolfgang RüdigerSPDentschuldigt

Jugendbeirat

Finn Justus Bödding Jugendbeirat entschuldigt

Gäste:

30 Einwohner*innen

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Er erinnert die Ratsmitglieder an die Abgabe der Mitteilung über Beruf oder sonstige vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten (Offenlegung von Tätigkeiten).

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen bei einer Enthaltung den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte. Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Seite: 3/19

Öffentlicher Teil

| 1 | Finwohnerfragestunde | | | |
|------------------------|---|----------------|--|--|
| 1.1 | Einwohnerfragestunde Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | | | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner | | | |
| 2 | Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 25.01.2024 | | | |
| 3 | Nachbesetzung von Gremien | | | |
| 4 | Neuformulierung und Neustrukturierung der strategischen Ziele ab 2024 | | | |
| 4.1 | Antrag des Seniorenbeirates | ANT/2024/007 | | |
| 4.2 | Neuformulierung und Neustrukturierung der strategischen Ziele ab 2024 | BV/2023/1581 | | |
| 5 | Einführung einer Investitionspriorisierung ab 2025 | BV/2023/159 | | |
| 6 | Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen der Stadt Wedel (Parkgebührenverordnung) hier: Vorlage gem. § 55 Abs. 3 LVwG | MV/2023/106 | | |
| 7 | Mitgliedschaft bei Wedel Marketing e. V. hier: Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 25.02.2024 Interfraktioneller Antrag und Widerspruch des Bürgermeisters | ANT/2024/004 | | |
| 8 | Interfraktioneller Antrag für die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 12.02.2024 sowie der Ratsversammlung am 22.02.2024 hier: Änderung der Hauptsatzung | ANT/2024/002-1 | | |
| 9 | Aufhebung des Bebauungsplanverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27d "Geestrand" sowie der zugehörigen 35. Änderung des Flächennutzungsplan | BV/2023/170 | | |
| 10 | Kindertagesstätten in Wedel, Umwandlung der bisherigen Krippengruppe der Kath. Kita "St. Marien" in eine Elementargruppe | BV/2024/004 | | |
| 11 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | | | |
| 11.1 | Zwischenstand Haushaltskonsolidierung | MV/2024/007 | | |
| 11.2 | Bericht der Verwaltung | | | |
| 11.3 | Öffentliche Anfragen | | | |
| Nichtöffentlicher Teil | | | | |
| 12 | Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 21.12.2023 | | | |
| 13 | Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 25.01.2024 | | | |

| 14 | Rechnungsprüfung | |
|------|---|---------------|
| 14.1 | Rechnungsprüfung Beratungsunternehmen | MV/2024/003 |
| 14.2 | Rechnungsprüfung Rechtsanwälte | MV/2024/012 |
| 15 | Wahl zur Schiedsperson für den Schiedsbezirk 1 | BV/2023/164 |
| 16 | Ein Gründerzentrum für den Kreis Pinneberg in Wedel | BV/2023/173 |
| 17 | Stadtwerke Wedel | |
| 17.1 | Stadtwerke Wedel Straßenbeleuchtungs- und Lichtsignalanlagen GmbH hier: Umbenennung und Ausweitung des Gesellschaftszwecks | BV/2024/006-1 |
| 17.2 | Kombibad Wedel GmbH hier: Weitere Annäherung an den TVöD | BV/2024/005 |
| 18 | Selbständiges Beweisverfahren | BV/2024/007 |
| 19 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 19.1 | Fragen zum Grundstück Xella (Ytong) aus dem Rat am 21.12.2023 | MV/2024/005 |
| 19.2 | Bericht der Verwaltung | |
| 19.3 | Nichtöffentliche Anfragen | |
| | | |

Seite: 4/19

Öffentlicher Teil

20 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 25.01.2024

Der öffentliche Teil des Protokolls wird mit einer Anmerkung zur Kenntnis genommen:

TOP 10.3 Öffentliche Anfragen

Folgender Satz kann ersatzlos gestrichen werden:

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

3 Nachbesetzung von Gremien

Es liegen keine Anträge zur Nachbesetzung vor.

4 Neuformulierung und Neustrukturierung der strategischen Ziele ab 2024

4.1 Antrag des Seniorenbeirates

ANT/2024/007

Seite: 5/19

Frau Nikodem erläutert den Antrag des Seniorenbeirates.

Herr Amelung stimmt dem zu und entschuldigt sich für den Begriff "Alten-WG". Das sei nur ein Platzhalter gewesen. Im Workshop Ende April sei dann Zeit genug, um eine neue Kennzahl festzulegen. In der heutigen Sitzung müsse der Rat daher nichts beschließen.

Frau Goll schlägt den Begriff "Wohnpflegegemeinschaft" vor.

Frau Keck empfiehlt dem Rat die Einwände des Seniorenbeirates (SB) zustimmend zur Kenntnis nehmen und im Workshop zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende ist mit dem Vorgehen einverstanden.

Das würde den SB freuen. Frau Nikodem wird zudem ein Grobkonzept zum Protokoll geben.

Anlage 1 Begründung zum Antrag Rat am 2024-02-22

Anlage 2 2021-10-27Wohnen_Konzeptpapier Beschlossen in 12 Sitzung SBR

4.2 Neuformulierung und Neustrukturierung der strategischen Ziele ab 2024

BV/2023/158--1

Seite: 6/19

Frau Dr. Wilms trägt den Beschluss vor.

Im HFA habe es zu der Beschlussvorlage keine Debatte gegeben und es wurde einstimmig beschlossen. Sie bittet den Rat um Zustimmung.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Anmerkung von Frau Goll korrigiert wurde.

Herr Dr. Murphy teilt mit, dass Die Linke die Vorlage aus gutem Grund ablehnen werde. Im alten Rat gab es lange Diskussionen und Ziele, hinter denen der Rat stehen konnte. Durch die Kürze liege hier eine Verwässerung vor. Er beantragt eine Umformulierung der strategischen Ziele und nennt dazu zwei Beispiele. Die neuen Ziele würden den Geist eines Beratungsunternehmens tragen und nicht den einer Kommunalpolitik.

Bezüglich der Ziele müsse man "über den Tellerrand hinausschauen". Sonst müssten diese jedes Jahr auf's neue festgelegt werden.

Frau Dr. Wilms versichert, dass das lang und breit entwickelt wurde. Alle Ratsmitglieder waren zum Workshop eingeladen und es wurde nach ausreichender Diskussion Konsens gefunden. Darum war im HFA keine Diskussionszeit notwendig.

Frau Drewes sagt, keiner sei verpflichtet an den Workshops teilzunehmen. Sie findet es schade, dass Herr Dr. Murphy nicht zugegen war, aber man dürfe auch nicht hinterher dagegenreden. Sie hoffe, dass er trotzdem noch abgeholt werden könne. Der Rest habe sich intensiv mit dem Thema beschäftigt und es gab auch Gründe diese operationalisierbaren Ziele anders zu formulieren. Ziel sei es, eines Tages Bildungseinrichtungen nach Bedarf zu haben. Es wurde selten so strukturiert gearbeitet.

Herr Dr. Murphy stellt klar, dass er nicht gesagt habe, der Workshop habe nicht stattgefunden. Er habe nur die Formulierung der HFA-Vorsitzenden übernommen. Und zu den Kennzahlen merkt er an, dass keiner in maroden Schulen lernen möchte.

Frau Keck dankt für den Hinweis auf den demokratischen Ort im Rat. Im Workshop wurde sehr viel vorbereitet. Sie selbst war auch nicht dort und sei inhaltlich sehr nah bei Herrn Dr. Murphy. Die Ziele seien ihres politischen Kerns beraubt. Bildungsgerechtigkeit sei etwas Anderes. Es sei nicht geklärt, was der Bedarf ist. Aber sie wolle nicht die Vorarbeit torpedieren und werde sich enthalten.

Frau Fisauli-Aalto versucht Herrn Dr. Murphy zu beruhigen. Die Ziele kämen auf keinen Fall von einer Beratungsfirma, sondern wurden im Workshop immer weiter abgesteckt, um möglichst viel abzudecken.

Frau Kärgel war auch nicht beim Workshop, habe aber Respekt vor allen Ratsmitgliedern, die daran teilgenommen haben. Ihrer Meinung nach seien die empathischen Werte verloren gegangen. Sie freue sich, dass der Bereich "Umwelt" nun in den strategischen Zielen berücksichtigt werden müsse.

Der Vorsitzende betont, dass sich für die kommenden drei Workshops bei Abwesenheit niemand rechtfertigen müsse. Jede/r könne selber über ihre/seine Teilnahme entscheiden.

Seite: 7/19

Herr Barop verkündet, dass die SPD unterschiedlich abstimmen werde, weil aufgrund der Umbesetzung von der SPD kaum einer da war.

Beschluss:

Der Rat beschließt.

1. die strategischen Ziele der Stadt Wedel erhalten ab 2024 folgende Fassung:

Handlungsfeld 1 (Bildung, Kultur und Sport)

Wedel hat Bildungseinrichtungen entsprechend des Bedarfs.

Die Stadt hat ein vielfältiges Sportangebot.

Wedel hat ein vielfältiges kulturelles Angebot.

Handlungsfeld 2 (Umwelt und Klimaschutz)

Wedel schützt Klima und Umwelt.

Handlungsfeld 3 (Stadtentwicklung)

Wedel fördert den Wohnungsbau entsprechend des Bedarfs.

Wedel hat einen ausgewogenen Verkehrsmix.

Wedel hat lebenswerte Quartiere.

Handlungsfeld 4 (Familie und Soziales)

Wedel hat eine soziale Infrastruktur, die Teilnahme ermöglicht.

Die Stadt fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In Wedel finden alle Generationen Beachtung.

Handlungsfeld 5 (Wirtschaft)

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wedel ist hoch.

Handlungsfeld 6 (Transparenz und Beteiligung)

In Wedel werden Entscheidungen der Politik transparent getroffen.

Handlungsfeld 7 (Zukunftsfähigkeit der Stadtverwaltung)

Die Stadtverwaltung ist eine moderne und effiziente Dienstleisterin.

Die Stadtverwaltung ist eine attraktive Arbeitgeberin.

Handlungsfeld 8 (Finanzielle Handlungsfähigkeit)

Leistungserweiterungen müssen haushalterisch gegenfinanziert sein.

Der städtische Haushalt ist dauerhaft genehmigungsfrei.

2. Die Handlungsfelder 2 (Umwelt und Klimaschutz), 6 (Transparenz und Beteiligung) sowie 8 (Finanzielle Handlungsfähigkeit) sind bei allen Gremienentscheidungen zu berücksichtigen.

Die strategischen Ziele aus diesen 3 Handlungsfeldern sind übergeordnete Ziele und damit immer "aktiv".

Abstimmungsergebnis:

29 Ja / 2 Nein (Die Linke) / 6 Enthaltung (SPD)

5 Einführung einer Investitionspriorisierung ab 2025

BV/2023/159

Seite: 8/19

Frau Dr. Wilms erklärt, dass auch dieser Punkt Teil des zweitägigen Workshops war. Es gehe dabei um eine Grundsatzentscheidung und es sei noch nicht festgezurrt, welche Investitionen in welcher Reihenfolge behandelt werden. Sie bittet um Zustimmung.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

ab dem Haushaltsjahr 2025 jährlich ein Gesamtinvestitionsbudget festzulegen und ein 4stufiges Verfahren für die Priorisierung der Investitionen einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen der Stadt Wedel (Parkgebührenverordnung)

MV/2023/106

hier: Vorlage gem. § 55 Abs. 3 LVwG

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Kärgel berichtet, dass sich der UBF noch ein weiteres Mal mit der BV beschäftigen werde. Die "Brötchentaste" solle beibehalten werden. Bei Verzicht würden ca. 20.000 € weniger eingenommen werden. Das wäre "eine Rolle rückwärts".

Die Welau-Arkaden haben große Parkflächen und das Parken sei dort leistbar. Wedel sei mit den Parkgebühren am untersten Level.

Herr Eichberger vermittelt, dass der Verkehr in Wedel vielen ein Dorn im Auge sei und die Brötchentaste diesen noch begünstige. Dabei sei es durch Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel eine Möglichkeit den Verkehr zu regulieren.

Herr Jochen Lüchau vertritt die Meinung der Kaufleute. Die Kunden würden so nur abgeschreckt werden in der Bahnhofstraße zu kaufen. Und dann würden wieder die großen Märkte mit ausreichendem Parkangebot unterstützt.

Frau Kärgel erwidert, dass dadurch Steuergelder verschenkt würden. Man könne für Einkäufe in der Bahnhofstraße aber auch bei den Welau-Arkaden parken

Der Bürgermeister sagt, man könne da unterschiedlicher Meinung sein. Es ginge nicht nur ums Einkaufen, sondern auch um Arztbesuche. Oder um am Bahnhof jemanden abzuholen (ohne Brötchentaste). Er sei gegen die Abschaffung der Brötchentaste, habe aber nichts dagegen, wenn der Rat das anders sieht. Die Frage sei, ob alles aus sozialen Gründen dem Spardiktat unterworfen werden müsse.

Frau Goll gibt zu bedenken, dass es in Wedel keine Wirkungsanalyse gäbe. Und die gefühlte Wahrheit bringe nicht weiter.

Herr Kiwitt macht auf den Unterschied zwischen Halten und Parken aufmerksam. Er bittet den Bürgermeister die Parkgebühren noch einmal zu überarbeiten.

Frau Keck meint, dass auch die Diskussion über die Zukunft der Bahnhofstrasse zu führen sei, aber an anderer Stelle als im Rat.

Frau Kärgel möchte festgehalten haben, dass die Mitteilungsvorlage nicht die Stimme "aus der Mitte des Rates" wiederspiegelt.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass hier nicht die Begründung beschlossen werde. Der Ball liege beim Bürgermeister.

on Mohroro Pats

Seite: 9/19

Herr Kaser habe wahrgenommen, dass viele gegen die Brötchentaste seien. Mehrere Ratsmitglieder korrigierten diese Feststellung, da sich nur einzelne und nicht viele Anwesende kritisch zum Erhalt der Brötchentaste ausgesprochen haben.

Er werde das mitnehmen und dann die entsprechende Entscheidung treffen.

Hierauf erging die Nachfrage aus dem Rat, ob diese Aussage bedeuten soll, dass die Vorlage zurückgezogen wird und eine geänderte Verordnung im nächsten Rat mitgeteilt werden soll. Der Satz "aus der Mitte des Rates" könne zwar rausgenommen werden, aber Herr Kaser habe den Punkt nicht zurücknehmen wollen und vertrete weiterhin seine Meinung. Er möchte, dass die Vorlage und somit die Parkgebührenverordnung so bleibe.

Herr Koschnitzke merkt an, dass im Protokoll keine Angaben zu den Mehrheitsverhältnissen gemacht sind.

Der Vorsitzende erkundigt sich zur Klarstellung nach dem Willen des Bürgermeisters hinsichtlich des Bestands der Vorlage.

Die Vorlage bleibe erstmal so und solle in Kraft treten.

7 Mitgliedschaft bei Wedel Marketing e. V.

hier: Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 25.02.2024 Interfraktioneller Antrag und Widerspruch des Bürgermeisters ANT/2024/004

Der Vorsitzende erläutert. Er möchte, dass die Debatte zusammengefasst geführt wird.

Herr Jochen Lüchau kündigt seine persönliche Feststellung zu den Missverständnissen nach der Abstimmung an.

Herr Schlund hat dazu etwas vorbereitet, möchte aber vorab auf den Ursprung zu sprechen kommen. 4/5 der WSI haben nicht für den Antrag gestimmt. Alle anderen hätten unwissentlich oder absichtlich für den rechtswidrigen Antrag gestimmt. Es gebe schlimme Äußerungen und der Rat werde so beschimpft, dass der Ruf geschädigt sei. Die Rücknahme des Antrags lese sich zunächst gut, aber es sei keine Entschuldigung erkennbar. Er möchte dem heutigen Antrag nicht zustimmen, da dieser für ihn "scheinheilig" wirke und der Verein nicht zum Spielball werden dürfe.

Frau Dr. Annette Klinkert habe bei der Gründung von Wedel Marketing (29.3.2003) den Hinweis gegeben, der Verein dürfe weder zum Spielball der Politik noch zur Vertretung einzelner werden.

Frau Dr. Wilms erinnert an die Beschlussfassung im Rat am 25.2.2024. Anschließend habe sich herausgestellt, dass das Ganze rechtswidrig sei. Das habe der Bürgermeister deutlich gemacht. Zuwendungen gebe es nur unter bestimmten Voraussetzungen. In der Begründung der Rücknahme finde sich kein Wort der Entschuldigung. Sie bittet um den Vertragsentwurf des Bürgermeisters und den TOP in Kürze noch mal auf die Tagesordnung zu nehmen. Sie werde dem heutigen Antrag nicht zustimmen.

Frau Süß äußert sich zum Widerspruch und zur Rücknahme. Das Ziel im Januar sei gewesen, Wedel Marketing und die Stadt enger zusammenzuführen, also mit vereinten Kräften an der Attraktivität der Stadt zu arbeiten. Sie sei von den negativen Reaktionen überrascht gewesen. Die Fronten waren verhärtet. Es wurde nur noch über die Art und Weise diskutiert. Der Bürgermeister selber habe auch ein ernsthaftes Interesse an der Zusammenarbeit und letztendlich dasselbe Ziel. Der Grund für die Rücknahme sei, dass es keine Verhärtung geben solle. Sie hatte gehofft, dass den Bürgermeister das freue. Aber dann kam sein Widerspruch. Die Politik möchte immer noch eine gute Zusammenarbeit. Frau Süß hofft, eine sinnvolle Diskussion angestoßen zu haben.

Der Vorsitzende wirft ein, dass hier über die Aufhebung, nicht über einen Rückzug diskutiert werde.

Der Bürgermeister sagt, es habe niemals zur Diskussion gestanden, nicht mit Wedel Marketing zusammenarbeiten zu wollen. Die Zusammenarbeit solle auf eine solide Vertragsgrundlage gestellt werden. Er werde innerhalb von 14 Tagen weiterhin

Seite: 10/19

- 1.) die Aktivitäten fortführen
- 2.) die vollständige Transparenz der Finanzen darlegen
- 3.) alles im Obliegen der Stadt veranlassen möchte, um eine gute Zusammenarbeit zu ermöglichen

Alle Details werden im Vertragsentwurf enthalten sein.

Herr Barop bittet den Bürgermeister darum, keine weiteren Veröffentlichungen von Schriftstücken wie dem Widerspruch gegen den Ratsbeschluss oder anderen internen Schriftsätzen auf Facebook vorzunehmen.

Der Vorsitzende bittet Frau Dr. Wilms, den Punkt auf die Tagesordnung des HFA zu setzen.

Frau Fisauli-Aalto findet, der Bürgermeister habe von Anfang an nicht auf Wedel Marketing gesetzt, denn eine seiner ersten Handlungen war es, die Zusammenarbeit mit Wedel Marketing zu kündigen.

Der Bürgermeister erwidert, dass Verträge einer bestimmten Struktur zu folgen haben. Es seien Ziele zu vereinbaren und der Vertrag müsse professionell aufgesetzt werden. Es ginge immer nur um einen professionellen Vertrag. Nicht mehr und nicht weniger.

Herr Fresch verliest den Antrag.

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Ratsbeschluss vom 25.01.2024 zum "Interfraktionellen Antrag für den Rat zu Wedel Marketing e.V." (ANT/2024/001; TOP 6):

"Die Stadt Wedel wird rückwirkend zum 1. Januar 2024 Mitglied im städtischen Verein "Wedel Marketing". Eine Leistungsvereinbarung sowie die jährliche Prüfung durch das Prüfungsamt entfallen gleichzeitig.

- 1. Der jährliche Mitgliedsbeitrag wird auf 95.000 € festgesetzt.
- 2. Der Rat entsendet für die Dauer der Mitgliedschaft eine von ihm zu benennende Person als Vertretung in den Vorstand von Wedel Marketing. Der Verein wird seine Satzung entsprechend anpassen (ein Entwurf ist als Anlage beigefügt).
- Eine etwaige Kündigung der Mitgliedschaft erfolgt durch einen erneuten Ratsbeschluss und wird dem Verein mit einer Frist von mindestens einem Jahr angekündigt."

aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja / 2 Nein (WSI)/ 1 Enthaltung (Grüne)

Anschließend möchte Herr Jochen Lüchau ein paar Worte zu seiner persönlichen Betroffenheit sagen. Er sei im Krankenhaus gewesen und habe sich mit den Vorstandsmitgliedern abgestimmt. Der Bürgermeister sei oft bei den Sitzungen nicht dabei gewesen. Herr Lüchau habe sein Amt als Schatzmeister abgegeben, weil er eine Interessenkollision aufgrund seines Ratsmandats gesehen habe. Die Veröffentlichung auf Facebook mit wissentlich unwahren Angaben sehe er als persönlichen Angriff.

Er möchte eine Aussage von der Justiziarin, ob das Posting von Herrn Kaser auf Facebook

nach seiner Klarstellung abgesetzt worden ist. Der Widerspruch wurde im Laufe des Tages gepostet, also nachdem Herr Kaser wusste, dass die Angaben falsch waren. Er möchte sich nicht unterstellen lassen, dass er nicht wisse, wie und wo er abstimmen dürfe oder sein Mandat zum eigenen Vorteil ausnutze.

Der Vorsitzende sieht keine weitere Aussprache.

Der Bürgermeister sagt, es täte ihm leid, meine aber, die Öffentlichkeit hatte ein Recht darauf.

8 Interfraktioneller Antrag für die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 12.02.2024 sowie der Ratsversammlung am 22.02.2024

ANT/2024/002-1

Seite: 11/19

hier: Änderung der Hauptsatzung

Der Vorsitzende verliest den Antrag, der im HFA mehrheitlich beschlossen wurde. Er weist darauf hin, dass heute nur die Änderungssatzung beschlossen wird.

Auf Nachfrage versendet der Sitzungsdienst auch die Lesefassung.

Frau Süß möchte die Änderung der Hauptsatzung "ins rechte Licht rücken", da es in der Öffentlichkeit nicht richtig verstanden wurde. Sie erläutert, wie man einen 1. Stadtrat/eine 1. Stadträtin für "kleines Geld" implementieren könnte. Sie rechnet vor, dass ein 1. Stadtrat in der Position eines Fachbereichsleiters und Büroleitenden Beamten nur rund 11.000,00 € mehr Personalkosten verursache und andererseits mit Reduzierung an anderer Stelle aufgrund der verlagerten Verantwortlichkeiten zu rechnen sei.

Sie erachtet diese/diesen als notwendige hauptamtliche Vertretung für den Bürgermeister.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass ein Stadtrat nicht gleichbedeutend mit dem Rat der Stadt ist.

Frau Dr. Wilms stört sich an der ihrer Meinung nach nutzlosen Eile.

Es hänge davon ab, welchen Weg der Bürgermeister für die Verwaltung sieht. Das sei seine Entscheidung und nicht zustimmungsbedürftig. Der Rat könne mit 2/3 Mehrheit ablehnen. Sie schlägt vor, den Vorschlag zu vertagen und abzuwarten, bis der Bürgermeister aufgrund der Zuarbeit von PD einen Vorschlag vorlegt. Damit sei kurz nach Ostern zu rechnen. Und erst dann solle die Ausschreibung gemacht werden.

Der Vorsitzende betont, dass niemand die Organisationshoheit des Bürgermeisters antaste.

Frau Süß dankt für die Klarstellung und ergänzt, dass eine heutige Abstimmung dem Bürgermeister signalisieren soll, was sich der Rat wünsche. Die Eilbedürftigkeit habe Gründe.

Herr Baars sagt, dass es gute, ambitionierte Stellvertreter*innen gebe, die aber andere Aufgaben haben und deshalb nicht wie ein hauptamtlicher Stellvertreter agieren können. Es lägen noch große Themen vor uns und daher verstehe er den Widerstand gegen den Stadtrat/die Stadträtin nicht.

Frau Drewes spricht die Anwesenheit des Bürgermeisters im Ältestenrat an. Der Bürgermeister erwarte von seiner Stellvertretung nur Unterschriften, sie erwarte jedoch auch deren Anwesenheit im Ältestenrat. Sie erwarte auch einen Informationsfluss aus anderen Gremien und Institutionen, in denen der Bürgermeister die Stadt Wedel vertreten soll und bittet den Bürgermeister, sein Amt ernst zu nehmen und künftig um rechtzeitige Informationen an die Räte.

Frau Keck weist daraufhin, dass ein Stadtrat kein Lex B sei, den sich der Rat ausgedacht habe und der die Verwaltung ärgern wolle. Es sei eine gewollte Einrichtung. In anderen

Gemeinden habe sich gezeigt, dass die Stelle ein gewinnbringendes Amt für alle Beteiligten sei, weil die Aufgaben viel besser verzahnt werden können.

Die Stadt habe noch viele anstrengende Aufgaben vor sich, wie z.B. Kita, Gründerzentrum, Wärmewende. Da wäre eine Unterstützung für den Bürgermeister großartig. Die Führung in Wedel müsse schnellstmöglich gestärkt werden, daher verstehe sie die Diskussion nicht.

Der Vorsitzende erkundigt sich bei der Verwaltung, ob die Kommunalaufsicht die Änderung der Hauptsatzung bereits geprüft habe. Das wird bejaht.

Beschluss:

Der Rat beschließt die angefügte 5. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja / 2 Nein (WSI)/ 0 Enthaltung

9 Aufhebung des Bebauungsplanverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27d "Geestrand" sowie der zugehörigen 35. Änderung des Flächennutzungsplan

BV/2023/170

Seite: 12/19

Frau Bergstein bringt die Vorlage ein, die im Planungsausschuss mehrheitlich empfohlen wurde.

Herr Baars teilt mit, dass sich die SPD enthalten werde.

Herr Eichberger werde sich auch enthalten. Er habe sich lange mit dem Thema auseinandergesetzt und dies sei einer der wenigen Investoren, die den sozialen Wohnungsbau fördern wollen.

Frau Goll warnt vor Splittersiedlungen. Die Grünen hätten schon im Planungsausschuss dagegen gestimmt, auch wenn es zur Pestizidbelastung keine Bedenken mehr gäbe.

Frau Bergstein findet es schwierig, das Verfahren in dieser Form fortzuführen und hält es für sinnvoll, dem Beschluss zuzustimmen. Die Aufhebung des Planverfahrens biete neue Möglichkeiten für Besitzer und Investoren. Es sei ausdrücklicher Wunsch, dass sozialer Wohnungsbau geschaffen werden soll.

Der Bürgermeister könne in einigen Punkten Recht geben. Er stimme der Vorlage aber nicht mehr zu.

Er möchte, dass der TOP abgesetzt wird, weil kurzfristig neue, unbekannte Punkte aufgetaucht seien. Daher solle es heute nicht zur Abstimmung kommen. Der Investor solle das Projekt im PLA vorstellen.

Frau Drewes hat eine Anmerkung zur Geschäftsordnung. Die Tagesordnung wurde am Beginn der Sitzung so beschlossen, Änderungswünsche hätten zu Beginn benannt werden müssen.

Die Justiziarin stimmt zu. Der Rat habe die Tagesordnung beschlossen und der Bürgermeister hatte keine Einwände. Ein Nichtbefassungsbeschluss des Rates liege nicht vor, so dass heute abgestimmt werden müsse. Der Tagesordnungspunkt könne nicht mehr zurückgenommen werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt

- 1. die Aufhebung des Bauleitplanverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27d "Geestrand",
- 2. die Aufhebung des Bauleitplanverfahrens zur 35. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wedel,
- 3. die Aufhebung der 4. Teilfortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Wedel sowie
- 4. die Aufhebung des Grünordnungsplans zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27d "Geestrand".

Abstimmungsergebnis:

30 Ja / 1 Nein / 6 Enthaltung

10 Kindertagesstätten in Wedel, Umwandlung der bisherigen Krippengruppe der Kath. Kita "St. Marien" in eine Elementargruppe

BV/2024/004

Seite: 13/19

Frau Fisauli-Aalto bringt die Vorlage ein. Der BKS hat zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Umwandlung der bisherigen Krippengruppe der Kath. Kita "St. Marien" zu genehmigen und die dafür erforderlichen Mittel i. H. v. 115.000 € bereit zu stellen. Dieser Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltes 2024.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja / O Nein / O Enthaltung (ohne Murphy und Koschnitzke)

11 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

11.1 Zwischenstand Haushaltskonsolidierung

MV/2024/007

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Blasius erinnert an die Übersicht der "Offenen Baustellen", die noch im HFA zu diskutieren sind. Frau Dr. Wilms werde das Thema auf die Tagesordnung nehmen.

11.2 Bericht der Verwaltung

Herr Amelung stellt den noch offenen Personalbericht für Mai in Aussicht.

Im Anschluss greift Frau Fisauli-Aalto den Punkt auf und trägt ihre Rede vor, die dem Protokoll angefügt ist.

Der Bürgermeister antwortet darauf, dass da Dinge ohne Nennung von Fakten in den Raum gestellt werden und er weise die Vorwürfe zurück. Er sei im Gegensatz zu Frau Fisauli-Aalto kaum auf Facebook (FB) unterwegs. Er äußerte, dass Frau Fisauli-Aalto auf Facebook vertrauliche Personalinternas posten würde, trotz vorheriger anderslautender Versprechen. Beim Ältestenrat sei seine Teilnahme freiwillig und nicht verpflichtend. Er könne selbst entscheiden, ob er anwesend sein möchte, oder nicht.

Herr Kaser äußerte, dass Frau Fisauli-Aalto in den Raum stelle, er würde seinen Verpflich-

tungen nicht nachkommen und stelle ihn so hin, als würden er intern nichts tun. Dabei sei er in $90\,\%$ der Sitzungen vertreten.

Seite: 14/19

Er habe dazu aber eine Liste vorgelegt, die sie nicht in Abrede stellen könne. Sie stelle sein Handeln falsch dar. Aber er möchte sich nicht mehr dazu äußern. Es ginge nicht mehr nur um Fakten. Wenn sie von mangelndem Respekt spricht, könne sie ihn nicht meinen, denn die Personalangelegenheiten auf FB kämen von ihr. Er schädige niemanden, klage niemanden an und würde auf FB nur über positive Dinge berichten und nun werde er von Frau Fisauli-Aalto angegriffen.

Dabei habe er von Frau Fisauli-Aalto noch keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gehört. Er bittet darum, nicht mehr geschädigt zu werden.

Der Vorsitzende bittet alle Anwesenden um Mäßigung in der Tonlage.

Frau Fisauli-Aalto erklärt die Beweggründe und möchte die Rede nicht als persönlichen Angriff gesehen haben.

Aber er würde seine Chancen und Möglichkeiten nicht nutzen, wie z.B. im Ältestenrat. Auf Facebook sei sie nur, weil sie sich gegen Anfeindungen und Unwahrheiten wehren müsse. Alles, was sie gesagt habe, könne sie belegen.

Sie sorge sich um die Verwaltung. Es ginge ihr vor allem darum, was er mit dem Betriebsklima getan habe.

Ein Mitarbeiter habe folgendes Szenario beschrieben: "Wenn der Bürgermeister da ist, seien die Gardinen zu, wenn er weg ist, scheine die Sonne."

Die Politik habe dem Bürgermeister immer wieder die Hand gereicht und Ideen entwickelt, um ins Gespräch zu kommen. Den Vorwurf, sie habe keine Beiträge geleistet, weise sie von sich und verweist auf die Erfolge im BKS und Hauptausschuss. Sie verbringe ehrenamtlich hier viel Zeit.

Der Bürgermeister sagt, eine Dienst- und Geschäftsanweisung gebe es überall und sie habe nicht den Zweck, dass es zu Erschwernissen komme. Sie diene lediglich dem Infofluss. Nicht mehr und nicht weniger. Es bedarf für alle einer Umorientierung. Ein Strategiegespräch mit dem Personalrat habe stattgefunden. Und es sei alles nicht so ausgeprägt, wie es dargestellt werde. Die Mitarbeiter laufen nicht weg und die offenen Stellen seien überschaubar. Er werde das Gespräch mit den Führungskräften suchen und Unsicherheiten und Ängste mit dem Personalrat besprechen. Der Bürgermeister dürfe nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Und er betont, Frau Fisauli-Aalto habe im Vorfeld nicht das Gespräch mit ihm gesucht.

Frau Drewes findet es traurig, dass der Bürgermeister seine Täter-Opfer-Rolle perfektioniert habe. Sie sei Frau Fisauli-Aalto dankbar für ihren Beitrag. Die Situation sei grad schwer zu ertragen, alle wüssten, was hier gerade passiert. Auch die Presse. Herr Kaser solle bitte einmal innehalten und in den Spiegel schauen. Die Stadt hatte sich auf eine Veränderung nach der Bürgermeisterwahl gefreut. Aber hier würden Menschen durch Lügen diskreditiert. Sie findet den Bürgermeister seines Amtes und ihrer Stadt nicht würdig.

Frau Goll meint, es gehe hier nicht um die Leistung, sondern um die Mitarbeiterzufriedenheit. Es sei nicht richtig, dass die Mitarbeitenden transformationsunwillig seien. Auch der Rat werde indirekt beschädigt und der Bürgermeister steuere nicht dagegen.

Frau Dr. Wilms stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte. Es sei die Grenze der persönlichen Anfeindungen erreicht. Sie rät dem Stadtpräsidenten zu einem weiteren Personalgespräch im HFA.

Der Vorsitzende sagt, die Anfeindungen gingen hier nicht nur in eine Richtung.

Frau Süß dankt Frau Fisauli. Sie habe ihr aus dem Herzen gesprochen. Sie alle seien für Wedel angetreten. Ehrenamtlich, freiwillig und in der Freizeit. Und sie würde gerne wieder echte Politik machen. Sie hat die dringende Bitte an Herrn Kaser, die Anregungen von Frau Fisauli-Aalto an- und ernst zu nehmen und proaktiv auf die Mitarbeitenden zuzugehen. Auch sie habe Angst um die Verwaltung, der es nicht gut gehe. Und der Bürgermeister finde immer Gründe, warum andere Schuld seien.

Auch Frau Keck wendet sich an den Bürgermeister. Er entschuldige sich mit Terminüberschneidungen und müsse selbst priorisieren. Dem stimme sie zu. Aber sie verstehe nicht, warum er sich gegen einen 1. Stadtrat/-rätin wehre. Er selbst habe doch die Idee mit dem 1. Stadtrat eingebracht und nun würde er sich davon distanzieren.

Seite: 15/19

Sie richtet sich an die Verwaltung und erinnert an die Haushaltsreden. Die Verwaltung wurde gelobt. Das Miteinander auf der Fachebene sei erfreulich. Sie dankt dem für sie zuständigen Teil der Verwaltung. Keiner sage, dass die Verwaltung nichts auf die Reihe bringe. Man müsse auch mal die Erfolge loben und sie vermisse von ihm das Lob für gute Taten. Der Bürgermeister habe angezweifelt, dass viele gehen oder gehen wollen, obwohl die Auswertungen in 2023 doch ein eindeutiges Ergebnis lieferten. Dies wurde dann mit Vergleichen zu Personalstudien verglichen und wieder relativiert. Aber der Durchschnitt des Bundes ist anders und in den Studien wurden auch Zeitarbeitsfirmen und Logistikbranche mit extremen Fluktuationsraten einbezogen.

Aber der Durchschnitt des Bundes sei anders. Wir sind der öffentliche Dienst und müssen langfristig denken. Hier arbeiten Menschen, die auf Beständigkeit und Sicherheit aus seien. Trotzdem seien viele gegangen, obwohl sie sich wirtschaftlich nicht verbessert haben - sie seien jetzt nur woanders. Es sei nicht normal, dass der Wunsch nach Veränderung so groß ist.

Frau Keck meint, dass sich der Bürgermeister über einen 1. Stadtrat/-rätin freuen sollte. Es wäre doch eine gute Unterstützung. Momentan soll alles über seinen Tisch laufen, aber er müsse dann auch den Überblick behalten und die Aufgaben zeitnah erledigen. Er liebe es, seine Haltungen zu Beschlussvorlagen mit Knalleffekten zu präsentieren. Also zu Vorgängen, die vorher bereits über seinen Tisch gegangen seien. Er sei immer vor den anderen informiert. Darum verstehe sie nicht, warum er die Informationen nicht rechtzeitig an die Fraktionen zur Beratung weitergebe. Und sie betont, dass keiner etwas gegen den Bürgermeister wolle. Dann fragt sie den Bürgermeister, ob er so weitermachen wolle oder ob sie sich darauf verlassen könne, dass er künftig jede Änderung rechtzeitig bekanntgeben werde.

Frau Heyer greift den Vorwurf auf, Frau Fisauli-Aalto würde Dinge auf Facebook posten. Hierzu ergänzt sie, dass es der Bürgermeister sei, der auf Facebook Menschen anklage und bloßstelle, wie zum Beispiel Herrn Fresch. Die Politik wisse auch nicht, was der Bürgermeister der Kommunalaufsicht mitgeteilt habe. Es sei nicht zielführend, wenn er sich nicht mehr äußere. Die Berichterstattung sei einseitig. Die besten Infos seien bei wedel-news zu erfahren, weil Herr Kaser scheinbar hier zuerst Informationen liefert.

Frau Fisauli-Aalto fragt den Personalrat, ob denn schon etwas diskutiert wurde. Herr Renk antwortet, dass auch für ihn als Personalrat die Dienstanweisung gelte. Es müsse mit Frau Gärke beraten werden, ob er im öffentlichen Teil aussagen dürfe. Die Justiziarin empfiehlt, im öffentlichen Teil keine Stellung zu beziehen. Der Vorsitzende versteht es so, dass die Anfrage in den nichtöffentlichen Teil verschoben wird.

Herr Ammer zitiert "Wenn der Chef nicht da ist, wird gelacht." Er weist Herrn Kaser darauf hin, dass die Mitarbeitenden das wichtigste Gut seien. Wenn diese schlechter Stimmung seien, könne man keine Leistung erwarten und es gehe nichts mehr. Es sei schon traurig, dass sich der Personalrat Rechtsbeistand einholen müsse. Er selbst sei erschrocken über die Post an die Kommunalaufsicht. Dieses sei nicht der richtige Weg.

Frau Petersen nimmt das Stichwort "Beschädigung" auf. Sie kritisiert die Kommunikation über FB und dass die ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertreter nicht vom Bürgermeister in Schutz genommen werden. Sie sei beruflich viel in Hamburg unterwegs und privat in Schleswig-Holstein. Und überall werde sie auf Wedel angesprochen. Sie gibt zu bedenken, dass wir doch Familien nach Wedel ziehen wollen und dann machen wir so eine "Werbung". Von Herrn Kaser wünscht sie sich die Verteidigung der Ratsleute und bessere Kommunikation. Sie sei als arrogant und hochnäsig dargestellt worden. Das Image von Wedel sei erschreckend und daran gibt sie den Diskussionen in den sozialen Medien eine hohe Schuld.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Rednerliste nun geschlossen sei.

Der Bürgermeister gibt Frau Petersen in vielen Fällen recht. Es hänge von jeder*m selber ab, wie sie/er sich positioniere und wie man mit den sozialen Medien umgehe. Er diskutiere nicht auf Facebook und möchte sich gegen Angriffe verteidigen. Dazu sei er berechtigt. Er diskutiere nicht auf Facebook, weil es Gegenwind aus allen Richtungen gebe. Künftig werde er noch mehr darauf achten, was er online teile. Es seien zu 90% Veranstaltungen, die er veröffentliche.

Seite: 16/19

Anlage 1 TOP 11.2 Rede Fisauli

11.3 Öffentliche Anfragen

1.) Weihnachtsspende Famila:

Frau Süß erinnert, dass Famila in den letzten Jahren zu Weihnachten eine Spende an die Vereine in Höhe von 1.500 € zur Verfügung gestellt habe.

Sie fragt, ob es letztes Jahr kein Geld gegeben habe oder an wen das ausgezahlt wurde.

Der Bürgermeister antwortet, ja, es habe eine Spende gegeben. Der Scheck sei aber wegen einer fehlenden Unterschrift zurückgekommen. Die Auszahlung über je 500 € werde in den nächsten Tagen erfolgen an die Arbeitslosenselbsthilfe e.V., das DRK und an KUL (Kindesglück und Lebensglück e.V.).

2.) Wedel-Schulauer-Tageblatt: Rassegeflügelzüchterverein:

Es geht um den Briefumschlag mit den 50 € auf dem Schreibtisch.

Was ist damit passiert?

Warum hat Herr Kaser die 50 € aus eigener Tasche bezahlt?

Der Bürgermeister antwortet, er habe an 2 von 3 Veranstaltungen teilgenommen und sei sehr interessiert wegen der Nähe von Holm zu Wedel. Er möchte eine Tradition fortsetzen. Er sei der erste Bürgermeister, der sich dort überhaupt blicken lässt. Das sei absolut freiwillig und keine Selbstverständlichkeit. Durch die persönliche Anwesenheit wollte er seine Wertschätzung ausdrücken. Er habe das aus eigener Tasche bezahlt, weil er den Vorfall heilen wollte.

Der Vorsitzende ergänzt, dass der Verein vor 80 Jahren in Wedel gegründet wurde und Wedel in seinem Namen trägt.

3.) Öffentlichkeitsarbeit:

Herr Barop merkt an, dass der Ratsbeschluss nicht aufgehoben ist.

Er möchte wissen, welche Medien für öffentliche Bekanntmachungen der Stadt noch genutzt werden (Printmedien, wedel.de).

Der Bürgermeister sagt, dass die klassische Pressemitteilung noch genutzt werde. Und in den nächsten Wochen werde eine Aktualisierung auf wedel.de freigeschaltet. Die Homepage solle als Sprachrohr der Stadt mit weniger Werbung und mehr fachspezifischem, aktuellem Inhalten aufgewertet werden.

Herr Barop fragt nochmals nach den offiziellen Verlautbarungsorganen.

Herr Kaser antwortet:

- 1.) Pressemeldungen/Printmedien
- 2.) Die Presse kann Fragen an den Pressesprecher stellen
- 3.) Eine Social-Media-Strategie gebe es noch nicht.

Herr Barop bittet den Bürgermeister um schriftliche Antworten.

4.) Feuerwehr:

Herr Wunderlich bezieht sich auf eine Äußerung des Bürgermeisters, er habe eine TaskForce zur Machbarkeitsstudie Feuerwehr einberufen und fragt:

Seite: 17/19

- 1.) Wie steht es um das Gebäude?
- 2.) Wer gehört der TaskForce an?
- 3.) Ist es beabsichtigt, den Fachausschuss einzubeziehen?

Herr Kaser teilt mit, dass die Machbarkeitsstudie erneuert werden müsse, weil die Transparenz der Kosten nicht enthalten war. Er habe Herrn Rein in Kenntnis gesetzt, einen neuen Anlauf zu machen. Es müsse Klarheit geschaffen werden. In 2024 soll es eine räumliche Machbarkeitsstudie geben, weil die Feuerwehr wissen müsse, wie es weitergeht. Dazu wurde eine TaskForce gegründet mit Frau Schlensok, Herrn Grass, Herrn Waßmann, Herrn Kaser und dem FD Einwohner- und Ordnungswesen. Der Auftrag sei klar, die Aufgaben verteilt.

Frau Kärgel hätte sich als Vorsitzende des UBF über eine Information gefreut, dass so eine TaskForce eingerichtet wurde. Mal wieder würde die Politik leider nicht als erstes informiert, sondern erfahre nur über eine Veranstaltungsrede was laufe. Es werde im kommenden UBF einen Interfraktionellen Antrag zur Vorstellung der Machbarkeitsstudie geben. Ihr sei gesagt worden, dass die Machbarkeitsstudie problemlos im April vorgelegt werden könne, da diese in der Schublade liege. Die Machbarkeitsstudie wurde doch schon von Frau Sinz der Feuerwehr vorgelegt. Herr Kaser stelle das anders dar.

Der Bürgermeister sagt, er müsse darauf vertrauen, was die Mitarbeiter daraus machen. Die Feuerwehr habe die Machbarkeitsstudie damals abgelehnt als diese vorgelegt wurde. Es kam bei der Besprechung sogar leider zu unschönen Szenen zwischen der Verwaltungsmitarbeiterin und den Feuerwehrleuten. Fakt sei, dass die Studie neu aufgesetzt werden müsse. Auch Kolleg*innen der Feuerwehr müssen involviert und zufrieden sein. Den Termin im April kenne er nicht.

5.) Krankenhausgelände Wedel:

Frau Fisauli-Aalto stellt eine Anfrage zum Krankenhaus Wedel.

Seitdem das Krankenhaus in Wedel im August 2020 geschlossen wurde sei nicht klar, was mit dem Krankenhausgelände passiert.

Der Investor CAPTIVA GmbH, dem das Gelände gehört, habe im Herbst 2023 der Verwaltung ein Konzept vorgestellt.

Als Idee stehe im Raum dort ein Gesundheitscampus im bestehenden Gebäude der Altklinik zu etablieren.

Es ist in Klärung, ob neben verschiedenen Arztpraxen auch ein ambulantes OP Zentrum entwickelt werden kann. Für eine optimale ambulante medizinische Versorgung eine gute Idee.

Mehrere Wedeler Ärzte hätten ihr Interesse bekundet, sich dort anzusiedeln. Da auf Nachfrage in der Verwaltung gesagt wurde, dass dieses Projekt dem Bürgermeister vorliegt, stellt sie die Fragen direkt an Herrn Kaser:

- 1. Wie ist der Status Quo zu diesem Projekt?
- 2. Wie findet der Austausch mit Captiva und die gemeinsame Entwicklung statt?
- 3. Wie werden die weiteren Schritte kommuniziert? Sie bittet um die schriftliche Beantwortung der Fragen zum nächsten Planungsausschuss.

6.) Betriebsklima Rathaus:

Frau Blasius bittet um schriftliche Antwort der anliegenden Anfrage zum nächsten Rat.

7.) Ehrenamt:

Herr Eichberger erinnert an den Workshop zum Thema Ehrenamt in Wedel im No-

vember und bittet darum, dass sich Interessierte bei Frau Litke melden.

8.) Caudry:

Frau Petersen bezieht sich auf ihre anliegende Anfrage und fragt, ob es schon wieder eine Einladung gibt.

Seite: 18/19

Der Bürgermeister antwortet, dass es eine Anfrage aus Frankreich gibt für den 6. - 8.9.2024 (Befreiung Caudry). Es wurde ein "Freundeskreis" gegründet. Die Unterstützung sei derzeit schwierig aufgrund historischer Befindlichkeiten. Eigentlich war Anfang Februar ein größeres Treffen geplant.

Herr Barop sieht keine historischen Befindlichkeiten. Frankreich ist von Deutschland überfallen worden und wir sollten glücklich sein, dass wir eingeladen werden. Wer damit Probleme hat, müsse hier bleiben.

Das sieht Herr Kaser auch so.

9.) Dienstwagen:

Frau Kärgel erinnert an den Klimanotstand und den Leitfaden für umweltfreundliche Beschaffung von 2020. Es müsse etwas gegen den Klimawandel und Umweltverschmutzung getan werden. In § 4.8 stehe, dass bei neu beschafften Pkw der CO2-Ausstoß maximal 50g CO2/km betragen soll. Der Bürgermeister habe nun einen neuen Dienstwagen bekommen, der dieser Vorschrift nicht entspricht. Hierbei handele es sich um ein Mittelklasse-SUV. Sie möchte wissen, wie das zustande gekommen ist.

Herr Kaser erläutert, dass über das Leasing eine Neuanschaffung möglich war. Die Konfiguration wurde mit ihm abgesprochen. Von 5 angeschriebenen Firmen gab es nur 1 Angebot, das aber zu teuer war. Bei Elektroautos seien die Leasingraten einfach zu hoch. Die aktuelle Rate für das neue Fahrzeug liege bei 215,50 € mtl. Inkl. Full-Service. In Absprache mit der Vergabestelle wurde unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die im Vordergrund standen, dieses Angebot angenommen.

Frau Kärgel erinnert noch mal an die Richtlinie und die Vorbildfunktion der Stadt. Sie hätte sich vom Bürgermeister etwas anderes gewünscht.

Herr Kiwitt zitiert aus der Richtlinie, dass kleine, leichte und verbrauchsarme Fahrzeuge bevorzugt werden sollen. Er möchte außerdem wissen, ob der Dienstwagen auch von anderen Mitarbeitenden genutzt werden kann.

Herr Kaser antwortet, dass er selbst von der niedrigen Rate überrascht war. Herr Amelung ergänzt, er kenne den Vertrag nicht, aber es dürfe nur die Verwaltungsleitung diesen Dienstwagen fahren.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese um 21:16 Uhr für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

<u>Anlage 1</u> Anfrage_SPD_Fraktion_Caudry_Besuch_2024_APetersen_20022024

Anlage 2 240219-GRUENE-Anfrage-Betriebsklima-Rathaus

Öffentlicher Teil

20 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffent-

| lichen Teil getroffenen Beschlüsse. | | | | |
|--|--|-------------------|--|--|
| TOP 15 | Wahl zur Schiedsperson für den Schiedsbereich 1: Einstimmig | | | |
| TOP 16 | Ein Gründerzentrum für den Kreis Pinneberg in Wedel: Einstimmig | | | |
| TOP 17.1 | Stadtwerke Wedel Straßenbeleuchtungs- und Lichtsignalanlagen GmbH: Einstimmig | | | |
| TOP 17.2 | TOP 17.2 Kombibad Wedel GmbH: Einstimmig | | | |
| TOP 18 Selbständiges Beweisverfahren: Einstimmig | | | | |
| Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung. | | | | |
| Vorsitz: | | Protokollführung: | | |
| Julian Fre | esch | Kirsten Gragert | | |

Seite: 19/19